...ichtet, daß weitere schreckliche Metzeleien und Zerstörungen von Christenniederlassungen in der Umgegend von Hue stattgefunden haben. Von hochgestellten Mandarinen gedungene Banden durchzogen mordend und plündernd das Land unter dem Ausrufe: „Tod den Christen! Tod den Franzosen!" Das Vikariat Ost-Cochinchinas laufe gleiche Gefahr.

Paris, 13. Febr. Boulevard. 3% Rente 76,57. Anleihe 106,12. Italiener 91,90. Türken —. Türkenloose 39,18. Spanier —. Egypter 337,00. Ottomanen 620,00. Fest.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Fernsprech-Stellen Nr. 11 (Altst.) u. 582 (Neust.)

Inserate werden Marienstr. 13 bis Nachm. 3 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: Große Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis Nachm. 3 Uhr. — Die einspaltige Petitzeile (ca. 8 Silben) kostet 15 Pfg. Unter Eingesandt die Zeile 30 Pfg. Eine Garantie für das nachträgliche Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Insertions-Aufträge werden nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme angenommen. — Acht Silben kosten 15 Pfg. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfg.

Hochfeine
Masken-Garderobe
für Herren und Damen in grösster Auswahl bei anerkannter Accuratesse empfiehlt
Frau Bertha Streng,
grosse Brüdergasse Nr. 3
Pünktliche Besorgung nach auswärts.

Gardinen
von Ed. Doss i. Auerbach i. V., Special- u. Hauptgesch.
Dresden, Waisenhausstr. 25 (Victoria-Salon),
empfiehlt sächsische, englische und Schweizer Gardinen, weiss und crême, d. Fenster v. 3 bis 100 Mk. Mustersend. nach auswärts bereitwilligst.

Julius Teuchert,
Fabrik von Regen- u. Sonnenschirmen
(gegründet 1830)
Altstadt, Schloßstraße, Ecke der Rosmaringasse. Neustadt, Hauptstraße, Ecke der Ritterstrasse.

Neuheiten
erscheinen unausgesetzt.
Alle Stickerei-Materialien in grösster Auswahl.

Tapisserie-Manufactur
Altmarkt **C. HESSE** Altmarkt
Königl. Hoflieferant.

Vorjährige Muster
weit unter Kostenpreisen.
Beste Erledigung jeder Extrabestellung.

Nr. 45. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 14. Februar: Schwacher Südwestwind, vorwiegend heiter, trocken, Temperatur etwas kälter. | Dresden, 1884. **Donnerstag, 14. Febr.**

Nacht-Telegramm am Kopfe

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Der Riß, der schon geraume Zeit durch die Fortschrittspartei geht, ist nunmehr offenkundig geworden. Für Eingeweihte war es freilich schon lange kein Geheimniß, daß „Berliner Fortschrittspartei" und „deutsche" resp. „sächsische" Fortschrittspartei zwei verschiedene Dinge sind. Es gelang aber bisher dem Berliner Fortschrittstyrann, Eugen Richter, den äußerlichen Schein der Einheit aufrecht zu erhalten. Zuletzt aber hat die Logik der Thatsachen dazu gedrängt, das Tafeltuch zwischen den hadernden Genossen zu zerschneiden. Den Anlaß dazu gab ein Vorgang, welcher der sächsischen Fortschrittspartei, wie sie im Landtage vertreten ist, alle Ehre macht. Diese Partei erklärte offen und männlich, sie werde die Regierung in ihrem guten und gesetzlichen Kampfe gegen die grundstürzende Sozialdemokratie nicht ohne Unterstützung lassen. Sie sagte sich feierlich los von Allem, was zur Förderung der revolutionären Bestrebungen der Sozialdemokratie dient. Schulter an Schulter mit ihren liberalen Freunden und den Konservativen beseitigten die fortschrittlichen Abgeordneten den bekannten Vollmar'schen Antrag auf Dienstbotenfreiheit. Daß die Sozialdemokraten zornig auf die Fortschrittspartei losfuhren und sie als eine reaktionäre Partei höhnten, lag in der Natur der Sache und nahm Niemanden Wunder. Aber das loyale Verfahren der sächsischen Fortschrittspartei hatte ihr auch den Unwillen ihres bisherigen Berliner Generals, Eugen Richter, zugezogen. Als nun gar noch die Fortschrittspartei einen Gesetz-Entwurf, betr. des Schank- und Tanzstätten-Verbotes gegen böswillige Abgaben-Restanten, einbrachte, hielt Eugen Richter nicht länger an sich; er dampfte nach Plauen im Voigtlande, donnerte gegen die Haltung seiner bisherigen Parteifreunde und übte seinen wohlfeilen Witz an ihnen. Das war Wasser auf die Mühle der Sozialdemokraten. Die Antwort gab der Abg. Starke, indem er würdig erklärte, daß seine Partei einfach ihrem Gewissen folgend ihre Anträge stelle; sie werde sich darin nicht irre machen lassen und ihrer Ueberzeugung gemäß an der Wohlfahrt des Landes arbeiten. Das ist der äußerliche Verlauf des Zwiespalts.

Innerlich hatte sich der Bruch zwischen der Fortschrittspartei wohl lange vorbereitet. Jene sächsischen Patrioten, die im Landtage die Fortschrittspartei vertreten, haben sich gewiß schon lange angewidert gefühlt durch die demagogische Agitation der Richter'schen Parteileitung. Bei einzelnen Wahlen (es sei nur an die Reichstagswahl in Meißen-Großenhain erinnert) wurde von Berlin aus nach Sachsen eine Kampfart, Verketzerung und Verlästerung der Gegner importirt, die von der wüstesten sozialdemokratischen Verhetzung sich in Nichts unterschied. Ja, man machte gerade bei dieser Wahl die Wahrnehmung, daß die eigentlichen Sozialdemokraten damals maßvoller und weit anständiger auftraten als der von Eugen Richter dahingesendete Heuschreckenschwarm von fortschrittlichen Agitatoren. Es erkannten die sächsischen Fortschrittler, daß es nicht länger mehr angehe, mit den Sozialdemokraten zu coquettiren und durch Zulassung demagogischer Kampfart und Mittel den Sozialdemokraten das Feld zu ebnen. Hierzu kam die Unzufriedenheit mit der Parteileitung Eugen Richter's. Dieser Herr maßte sich eine Herrschaft an, die zuletzt unerträglich wurde. Nach seinem Gepfeife sollte die sächsische Fortschrittspartei tanzen. Er mischte sich in Dinge, die ihm Nichts angingen und von denen er Nichts verstand. Er that gerade so, als wäre er ein Civilregent Sachsens. Er tyrannisirte und terrorisirte. Der nackte Egoismus, das Fischen im Trüben, diese charakteristischen Merkmale des Berliner Fortschrittsringes, mußte zuletzt empören. Außerdem wurde Richter's extremer manchesterlicher Standpunkt ebensowenig von den fortschrittlichen Fabrikanten getheilt, wie seine Einheitsstaatsbestrebungen von den bundesstaatlichen Grundsätzen seiner sächsischen Parteigenossen. Alles kam zusammen, um die Bombe zum Platzen zu bringen. Es steht nur zu wünschen, daß auch die sächsischen fortschrittlichen Abgeordneten, die bisher im Reichstage sich von Richter kommandiren ließen, ihre Selbstständigkeit äußerlich kundthun. Das Joch dieses übermüthigen Parlamentsbruders kann nur dann abgeschüttelt werden, wenn die sächsischen Reichstagsabgeordneten in Berlin dem Beispiel ihrer Landtagskollegen in Dresden folgen. Zunächst verdient es Anerkennung, daß die sächsische Fortschrittspartei sich ohne Furcht vor Mißdeutung den Ordnungsparteien zugesellt, mit ihnen die Grundlagen der sittlichen und staatlichen Ordnungen vertheidigt und gegen die Feinde derselben, die Sozialdemokratie und deren Zwillingsbruder, den Berliner Fortschrittsring, energisch und unzweideutig Front macht. Daß die Fortschrittspartei auch ferner unerschrocken Mißstände im Staate und in den gesellschaftlichen Zuständen zur Sprache bringt, versteht sich von selbst; das ist ein Recht, das alle Parteien üben und nicht zum wenigsten auch die Konservativen.

Einigermaßen zweifelhaft ist es, ob es noch auf dem jetzigen sächsischen Landtage zur Verabschiedung eines Gesetzes kommt, das den böswilligen Abgabenrestanten den Besuch von Schank- und Tanzstätten untersagt. Der Landtag ist mit soviel anderem Berathungsstoffe überladen, daß er Mühe hat, zu leidlich guter Stunde fertig zu werden. Für manche Gemeinde, das ist gar kein Zweifel, liegt eine finanzielle Gefahr vor, wenn sich die uneintreibbaren Abgabenreste häufen. Sie vermag dann ihren Verpflichtungen nicht nachzukommen. Es ist begreiflich, daß sie sich nach Mitteln umsieht, wie man böswillige Schuldner zum Zahlen bringt. Lediglich um solche handelt es sich. Nicht die Armuth, von der Nichts zu holen, sondern die Fälle will man treffen, wo ersichtlich böser Wille, Trunksucht, Spiel u. dgl. die Ursache der Steuerreste sind. Bisher ist noch keine Gemeinde hart und schroff vorgegangen. Schonung und Milde zu üben, empfiehlt sich überhaupt in diesem Falle. Alles soll man vermeiden, was wie ein an den Prangerstellen aussieht. Eine Auswahl unter den Restanten zu treffen, ist ja von Haus aus geboten. Man wird nicht dem Arbeiter, der in der Nähe seiner Fabrik sein Mittagsessen oder Vesperbrod in einer Schankwirthschaft einnimmt und der dazu ein Glas Bier trinkt, dies wehren dürfen. Aber Maskenbälle besuchen, Kartenspiel und das sog. Ausliegen in den Schänken und Herumziehen von einer zur anderen und dabei der Gemeinde noch Steuern zu schulden, das geht doch Jedem gegen den Strich. Das ist ebenso verwerflich, als Steuerdefraudationen bei der Einschätzung, Zollhinterziehungen und dergl. Manöver. Wer ein gleich wirksames, aber milderes Mittel gegen böswillige Steuerrestanten angeben kann, als die vorgeschlagenen, der wolle dies doch ja im öffentlichen Interesse thun! Vielleicht taucht bis zum nächsten Landtag der eine oder andere Vorschlag nach dieser Richtung auf. Einstweilen haben vielleicht die Landtagsverhandlungen und Schreck's Antrag das Gute gehabt, einigen Schreck unter die böswilligen Steuerrestanten zu bringen.

Die französische Kammer stimmte mit großer Mehrheit dem Gesetzentwurfe bei, der aufrührerische Rufe und Kundgebungen auf offener Straße verhindern will. Die Republik bedarf dieser Waffe, um sich ihrer Feinde von links und rechts zu erwehren. Die Royalisten haben durch Aufpflanzen von Lilienbannern, die Radikalen mit rothen Fahnen, die Anarchisten mit schwarzen Lappen, alle Parteien durch Maueranschläge und aufrührerische Rufe aller Art gegen die bestehende Staatsform demonstrirt, von den Straßenkundgebungen und Volksaufläufen gar nicht zu reden. „Die öffentliche Straße, meinte der Minister Waldeck, darf nicht von Volkshaufen, gleichviel welchen, mißbräuchlich in Anspruch genommen werden, ebensowenig sind Maueranschläge und Rufe, die sich aufdrängen und die Freiheit des Verkehrs stören, zu dulden". Die Radikalen witzelten zwar darüber, daß die sog. „Freiheit der Straße" eine neue Erfindung des Ministers sei, aber die Kammermehrheit verschloß sich nicht der Erwägung, daß eine Regierung ohne Vollmachten der geforderten Art nicht für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung einstehen kann.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 13. Febr.

Berlin. Den Berliner Museen gegenüber liegen die Grundstücke der Speicher-Aktiengesellschaft, worin große Petroleumlager enthalten sind. Es stellt das eine stete Feuersgefahr für die Museen dar. Die Regierung beantragt nun die Bewilligung von 2,600,000 Mark zum Ankauf der feuergefährlichen Grundstücke, worüber heute das Abgeordnetenhaus debattirte. Dr. Windthorst erklärte sich entschieden gegen die Bewilligung. Man müsse endlich anfangen zu sparen, die Petroleumlager könne man polizeilich verbieten und wenn die Museen kaum aufnehmen könnten, was da sei, wozu brauche man da noch neue Kunstwerke hinzuzukaufen. Von den Konservativen sprachen auch einige gegen die Bewilligung; dieselbe wurde schließlich mit 160 gegen 150 Stimmen beschlossen. Die Parteien waren alle gespalten, sogar die Gebrüder Bussé, obgleich einer Fraktion angehörig, stimmten verschieden. Die zweite Berathung des Etats wurde ohne Zwischenfall zu Ende geführt. Im Ganzen sind etwa 300,000 Mark gespart worden. Das Centrum hat das Sperrgesetz nicht auf die morgige Tagesordnung gebracht, obgleich morgen Schwerinstag ist. Dafür kommen die Petitionen wegen Ueberbürdung der Schüler der höheren Lehranstalten an die Reihe.

Berlin. Die deutsche Uebersetzung der Skandalschrift „Hof und Gesellschaft von Berlin", welche im Auslande veranstaltet ist, wird jetzt unmittelbar nach ihrem Erscheinen ebenso wie das Original auf Anordnung der hiesigen Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. In deutschen Buchhändlerkreisen soll übrigens ein stillschweigendes Uebereinkommen darüber bestehen, sich mit dem Vertrieb des Pamphlets überhaupt nicht zu befassen. — Der Centralverein zur Bekämpfung der Vagabondage wählte Graf Schmising-Kerssenbrock zum stellvertretenden Vorsitzenden, nachdem Pastor Bodelschwingh darauf hingewiesen, daß auch auf Katholiken Rücksicht genommen werden müsse. Dann wurde eine Anzahl Thesen angenommen, in denen ausgesprochen ist, daß Naturalverpflegungsstationen die unerläßlichen Grundlagen zur Bekämpfung der Wanderbettelei bilden. Durch dieselben soll eine Unterstützung der mittellosen wandernden Bevölkerung eingeführt werden. Die Verpflegung soll womöglich von Arbeitsleistungen abhängig gemacht werden. Ferner soll mit der Verpflegsstation möglichst Arbeitsnachweisstelle verbunden und die Verabreichung von Branntwein unter allen Umständen ausgeschlossen werden. Der Antrag Bodelschwingh betreffs Einführung eines allgemeinen deutschen Wanderbuches wurde abgelehnt. — Die Anwesenheit des Erbgroßherzogs von Oldenburg hier wird in Hofkreisen in Zusammenhang gebracht mit den Bemühungen zur Beseitigung des Zwiespaltes in der Familie des Prinzen Friedrich Karl. Der Erbgroßherzog von Oldenburg begiebt sich dem Vernehmen nach von hier nach Holland zur Prinzessin Heinrich der Niederlande (Tochter des Prinzen Friedrich Karl) und demnächst zu seiner Schwiegermutter Prinzessin Friedrich Karl nach Dessau.

Paris. Nach einem Telegramm Courbet's vom 8. Februar sind die Mandarinen, welche die Niedermetzelung der Christen in Thanhoa zuließen, auf Befehl des Hofes von Hue vor Gericht gestellt und bestraft worden.

Rom. Der Vatican versandte am Montag an die Nuntien eine umfängliche Protestnote gegen das Vorgehen Italiens in Sachen der Propagandagüter.

London. Die Rebellen schonten in Sinkat die Weiber und Kinder, metzelten aber alle Männer bis auf sechs nieder.

New-York. In einem von Mitgliedern der Produktenbörse abgehaltenen Meeting wurde ein Antrag angenommen, welcher der Regierung die Einführung einer Untersuchung und Prüfung der Schweine und der von Schweinen herrührenden Produkte in Bezug auf deren Qualität anempfiehlt, dabei aber zugleich ausspricht, daß der Vorschlag Frankreichs betreffs mikroskopischer Untersuchung der Schweine und Schweineprodukte einem Einfuhrverbote gleichkommen würde. — Die Ueberschwemmung in Cincinnati ist noch immer im Steigen, unterhalb Cincinnati hat sich die Lage ständig verschlimmert, die von dort eingehenden Schilderungen sind herzzerreißend.

Die **Berliner Börse** hielt sich Anfangs relativ fest, später trat aber eine nicht unerhebliche Ermattung ein. Mit Ausnahme deutscher Eisenbahnen schlossen die Course auf allen Gebieten niedriger. Von spekulativen Banken konnten sich nur Deutsche Bank behaupten, Kassabanken waren still. Fremdländische Eisenbahnen waren ebenfalls still und meist matt, ebenso österreichische Prioritäten. Für deutsche Eisenbahnen bestand vielfach günstige Tendenz, Ostpreußen und Marienburger wurden etwas besser. Speculative Bergwerke gingen zurück, Kassapapiere waren still, Maschinenfabriken meist gefragt. Deutsche Fonds hatten wenig Verkehr. Fremde Renten waren anfangs fest, später schwächer. Die Nachbörse war still: die Aktien der Lübeck-Büchener Bahn waren ungemein belebt und steigend. Es heißt, daß der Verkauf der Aktien aus erster Hand beendet ist.

Frankfurt a. M., 13. Februar. Credit [illegible], Staatsbahn [illegible], Lombarden [illegible], Elbthal —, Oesterr. Silberrente —, Papierrente —, Galizier [illegible], Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente —. 1877er Russen —, 80er Russen —, 2. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanleihe —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papierrente —, Disconto —. Egypter [illegible]. Marienburger [illegible]. [illegible] —. Fest.

Wien, 13. Februar. Credit [illegible], Staatsb. [illegible], Lombarden [illegible]. Nordwestb. [illegible]. Marknoten 59,[illegible]. Ung. Credit [illegible],50. Behauptet.

Paris, 13. Februar. (Schluß.) Rente 76,67. Anleihe 1[illegible],97. Italiener 91,[illegible]. Staatsbahn [illegible]. Lombarden [illegible]. Türken [illegible]. Tabaksactien [illegible]. Egypter [illegible]. Oesterr. Goldrente [illegible]. Schwach.

Lokales und Sächsisches.

— Dem „Sächs. Volksfreund" zufolge gedenkt demnächst Se. Kgl. Hoheit **Prinz Georg** mit seiner Familie eine Reise nach Italien anzutreten, um dort in längerem Aufenthalte seinen herben schmerzlichen Verlust einigermaßen zu überwinden.

— Dem Stadtrath und Direktor der Wirkschule in Limbach Gust. **Willkomm** wurde das Dienstprädikat „Professor" verliehen.

— Von dem Herrn Premierminister v. **Fabrice** wurde am Montag Abend zu Ehren der hier weilenden portugiesischen Gesandten Graf de Pedro und Graf San Miguel ein Diner veranstaltet, an dem auch andere Mitglieder der Diplomatie theilnahmen.

— Die Erwartung interessanter Debatten bei der Berathung des Budgets der Dresdner **Polizei-Direktion** hatte gestern die Tribünen der zweiten Kammer bis zum Erdrücken gefüllt. Bereits bei dem Kapitel der Ministeriums des Innern (Ref. v. Oehlschlägel) schüttet Abg. Liebknecht in 1¼stündiger Rede sein Herz über die hiesige Polizei-Direktion aus. Bevor er auf die Sache selbst eingeht, verliest er noch als Antwort auf die vorgestrige Behauptung des Ministers von Nostitz-Wallwitz (daß er, Liebknecht, bereits 1876 die Knappschaftskassen zu Agitationszwecken benutzt und die Werkbesitzer beschuldigt habe, den Ueberschuß von Knappschaftsgeldern in eigenem Interesse zu verwenden) eine damals von ihm gehaltene Rede, welche seiner Ansicht nach jene Behauptungen widerlegt. Sich hierauf gegen die Polizei-Direktion selbst wendend, meint er, man scheine in jenen Kreisen bedeutende Angst zu haben, daß die bekannte Affaire des Agenten Schmidt an dieser Stelle zur Sprache gebracht werde. Deshalb suche man die Sache abzuschwächen, indem man das Verdienst der sächsischen Polizei um die Entdeckung Stellmacher's übermäßig erhebe. Diese Entdeckung würde auch ohne die sächsische Polizei geschehen sein. Die Vorwürfe, die der Abg. Philipp neulich gegen eine den Fall Schmidt behandelnde Broschüre erhoben habe, wären ungerecht, im Gegentheil zeichne sich gerade diese Broschüre durch wunderbare Sanftmuth aus. (Heiterkeit.) Es sei zweifellos, daß die Polizei von dem Vorleben Schmidt's unterrichtet gewesen ist, sie habe ihn als Betrüger und Urkundenfälscher gekannt und sich trotzdem seiner als Spion bedient. In Zürich habe sein Auftreten bei den Sozialdemokraten sehr bald Verdacht erregt, seine Thätigkeit wäre demnach der Polizei ohne Nutzen gewesen. Um das Verhältniß zwischen der hiesigen Polizei und Schmidt während dessen Aufenthalts in Zürich zu beleuchten, bittet er die Kammer, den Briefwechsel desselben mit der hiesigen Polizei vorlesen zu dürfen, was die Kammer jedoch mit großer Majorität ablehnt. Dies hindert jedoch den Abgeordneten nicht, trotzdem eine Anzahl Stellen aus den Briefen zu citiren und einige Bemerkungen daran zu knüpfen. Man habe z. B. Schmidt um Mittheilungen über eine angebliche Verschwörung gebeten. Auf Verschwörungen aber ließe sich seine Partei nicht ein und Revolutionen würden nicht von dieser Seite, sondern vom grünen Tische aus gemacht. (Wegen dieser Aeußerung wird der Redner vom Präsidenten zur Ordnung gerufen.) Aus der Ministerialkasse seien Gelder an Schmidt ausgezahlt worden, und wenn er auch nicht annehme, daß Schmidt von der Polizei aufgefordert worden sei, einen Attentatsfond zu gründen, so stehe doch fest, daß er dazu ermuthigt worden sei. Das Spielen mit Attentatsfonds und dergl. aber sei gefährlich, und es sei geradezu kindisch, auf diese Weise gegen die Socialdemokratie vorgehen zu wollen. Er richte aber die Frage an den Minister, ob ihm der Verkehr der Polizei mit diesem Schmidt bekannt gewesen wäre, und ob, wenn dies der Fall gewesen, er denselben gebilligt habe: Ein Gesellschaftssystem, welches sich auf den Boden der Sittlichkeit stelle, spreche sich selbst die Existenzfähigkeit ab, wenn es sich derartiger unsittlicher Mittel bedienen müsse, um sich zu erhalten. Daß in Deutschland in letzter Zeit keine Attentate vorgekommen seien, habe man blos dem Umstande zu verdanken, daß das Socialistengesetz absolut nichts gewirkt habe. (Präsident: Erschöpfen Sie die Geduld der Kammer nicht!) Unter großer Unruhe des Hauses fährt Redner fort, die „Dresdner Nachrichten" hätten mit Recht erklärt, daß die deutsche Socialdemokratie, obgleich sie unter dem Drucke des Socialistengesetzes stehe, gemäßigter sei, als die anderer Länder. (Präs.: Gehen Sie nicht ins Allgemeine über, wir sind beim Ministerium des Innern!) Abg. Liebknecht erklärt hierauf, daß er nur den Herrn Minister auf die Fehler in der inneren Verwaltung habe aufmerksam machen wollen (Gelächter). Er rufe ihm zu: Discite, moniti! Wenn man das Gesagte nicht beherzige, möge man die Verantwortung auf sich nehmen. Das Socialistengesetz mit dem Belagerungszustand und den Ausweisungen habe gar nichts genützt, man habe im Gegentheil sozialdemokratischerseits auf dasselbe gepfiffen. (Redner wird wegen dieses Ausdruckes zum zweiten Male zur Ordnung gerufen.) Man solle wenigstens planmäßig und mit Verstand gegen die Socialdemokratie vorgehen. Minister von Nostitz-Wallwitz: Durch die Verlesung jener Rede Liebknechts seien seine Behauptungen in keiner Weise zurückgewiesen, er bleibe vielmehr dabei, daß Liebknecht im Jahre 1876 von den Knappschaftskassen absolut nichts verstanden und dieselben doch zum Gegenstande agitatorischer Zwecke gemacht habe. Was den Fall Schmidt anbeträfe, so wäre er sehr unbequem für die Regierung gewesen, wenn er geheim gehalten worden wäre, weil sie in Verlegenheit gewesen wäre, wie die Ausgaben für Schmidt verrechnet werden sollten. Jetzt könnten die Ausgaben mit vollem Namen in Rechnung gestellt werden und zwar als außerordentlicher Aufwand für sicherheitspolizeiliche Maßregeln, damit das traurige Denkmal für die Nothwendigkeit derartiger außerordentlicher Maßnahmen bestehen bleibe, die in einer Zeit geboten wären, wo die Sozialdemokratie keine Gelegenheit vorüber gehen lasse, um den Dynamitbrüdern im Ausland ihre Sympathien zu bezeugen. Zum Beweis dieser Behauptung führt er einen Artikel des „Sozialdemokrat" an, in welchem es heißt: „Wenn der Krieg die ultima ratio regum ist, so ist Dynamit das letzte Recht der Unterdrückten." In einer Zeit, wo solche Artikel geschrieben würden, habe die Regierung nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, sich darüber in Kenntniß zu erhalten, was die sozialistische Partei im Auslande thue. Er bekenne sich gern dazu, daß er die Mittel dazu der Polizeidirektion bewilligt habe. Die Mahnung, nicht mit dem Feuer zu spielen, habe ihn überrascht. Wer spielt denn mit Feuer, fährt er fort, wer regt denn die Bevölkerung zur Unzufriedenheit auf? Wie kurz der Schritt von der Aufreizung zur That selbst